



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Finanzen und  
Beteiligungen -

## Tagesordnung I Punkt 1.1 der öffentlichen Sitzung am 27. November 2025

Vorlagen-Nr. 25-F-63-0096

### Festsetzungen zum Haushaltsplan

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zum TOP I.1  
Haushaltssatzung 2026 und mittelfristige Finanzplanung 2024-2029 (SV 25-V-03-0021) vom  
27.11.2025-

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- I. Gegenüber dem Entwurf des Haushaltsplans werden die Aufwendungen und Erträge der Allgemeinen Finanzwirtschaft im HH-Plan 2026 wie folgt geändert festgesetzt:

	Neuer Entwurf	Alter Entwurf
GewSt	-559.000.000	-510.000.000
ESt-Anteile LHW	-233.399.345	-219.499.800
USt-Anteile LHW	-50.291.114	-49.456.200
Familienlastenausgleich	-14.046.526	-14.143.100
Schlüsselzuweisungen	-261.077.061	-331.443.300
Sonderprogramm des Landes	-17.451.373	0
Krankenhausumlage	10.535.129	+9.971.730
LWV-Umlage	121.573.237	+117.886.700
GewSt-Umlage	42.533.000	+38.805.000
Heimatumlage	26.431.000	+24.115.000

- II. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich daraus vorläufig - unter dem Vorbehalt der letztgültigen, durch den Magistrat vorzunehmenden Einarbeitung der Änderungen, die in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27.11.2025 beschlossen wurden - folgende neue Fassung des § 1 der Haushaltssatzung ergäbe:

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 wird

im Ergebnishaushalt	insgesamt	und davon AKK
im ordentlichen Ergebnis		
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	<b>-1.917.353.338 €</b>	<b>-191.735.334 €</b>
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<b>1.916.924.255 €</b>	<b>191.692.426 €</b>
mit einem Saldo von	<b>429.083 €</b>	<b>42.908 €</b>
im außerordentlichen Ergebnis		
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	6.080.250 €	0 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0 €	0 €
mit einem Saldo von	6.080.250 €	0 €
mit einem Überschuss von	<b>6.509.333 €</b>	<b>42.908 €</b>
im Finanzhaushalt	insgesamt	und davon AKK
mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	<b>20.289.511 €</b>	<b>2.028.951 €</b>
und dem Gesamtbetrag der		
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	64.405.000 €	6.440.500 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	212.557.128 €	-21.255.713 €
mit einem Saldo von	<b>- 148.152.128 €</b>	<b>-14.815.213 €</b>
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	148.150.000 €	14.815.000 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	31.149.000 €	-3.114.900 €
mit einem Saldo von	<b>117.001.000 €</b>	<b>11.700.100 €</b>
mit einem Zahlungsmittelbedarf des Haushaltjahres von	<b>- 10.861.617 €</b>	<b>-1.086.162 €</b>

festgesetzt.

- III. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich daraus vorläufig - unter dem Vorbehalt der letztgültigen, durch den Magistrat vorzunehmenden Einarbeitung der Änderungen, die in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27.11.2025 beschlossen wurden - die in der Anlage wiedergegebene neue Fassung der mittelfristigen Finanzplanung ergäbe.
  - IV. Der Magistrat wird gebeten, die am 17.11.2025 durch das HMdF bereitgestellten KFA-Planungsdaten für das Ausgleichsjahr auf etwaige Unstimmigkeiten und Fehler zu überprüfen und ggf. Kontakt mit dem HMdF aufzunehmen. Über das Ergebnis der Prüfung ist zeitnah im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen zu berichten.
-

**Beschluss Nr. 0257**

Der Antrag wird angenommen.

Die Beschlussempfehlung des Magistrats Nr. 0767 vom 27.11.2025 zur Sitzungsvorlage 25-V-03-0021 „Haushaltssatzung 2026 und mittelfristige Finanzplanung 2024-2029“ wird um die Punkte I. bis IV. dieses Antrags ergänzt.

(s. Beschluss des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen Nr. 0251 vom 27.11.2025)

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2025

Dr. Reinhard Völker  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2025

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .11.2025

Dezernat III  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende  
Oberbürgermeister